



# Grüner Rundbrief

Bündnis 90/Die Grünen, Kreisverband Reutlingen  
[www.gruene-reutlingen.de](http://www.gruene-reutlingen.de)

Liebe Leserinnen und Leser,

mit einem Kreisrundbrief zum Jahresanfang möchten wir euch über aktuelle politische Entwicklungen auf dem Laufenden halten.

Über die Arbeit unserer grünen Fraktion in Berlin berichtet euch Beate in ihrem Artikel.

Zur Wahlrechtsreform im Land erfahrt ihr mehr wenn ihr den Artikel von Thomas lest.

Hans Gampe legt den Haushalt des Landkreises aus Grüner Sicht dar.

Michael Hagel informiert über die aktuellen Aktivitäten des Grünen Ortsverbandes und der GRÜN-Alternative Liste (GAL) in Pfullingen.

Nachdem Beate Müller-Gemmeke nicht mehr für dieses Amt antrat, haben wir mit Cindy Holmberg weiterhin ein Kreisverbandsmitglied im Parteirat der Grünen in Baden-Württemberg. Cindy schreibt euch zu ihren Beweggründen für diese Kandidatur. Ebenso von Cindy stammt ein Bericht über die Bundesdelegiertenkonferenz am Wochenende in Hannover, an dem die Partei unter anderem einen neuen Bundesvorstand gewählt hat.

Einen offenen Brief, den der Vorstand des Tübinger Kreisverbandes im Januar an ihren Oberbürgermeister Boris Palmer geschrieben hat, nachdem dieser im Dezember für einigen Wirbel gesorgt hatte, wollen wir euch ebenfalls nicht vorenthalten.

Das Vorstandsgeflüster hat dieses Mal unsere Kreisgeschäftsführerin Hanne Krönke beige-steuert.

Herzlichen Dank an alle, die sich am Kreisrundbrief beteiligt haben! Meldet euch gerne bei mir, wenn Ihr interessantes aus euren Gremien zu berichten habt und einen Bericht zum Rundbrief beisteuern wollt!

Für den Kreisvorstand  
Susanne Häcker

## Vorstandsgeflüster

**Wir schreiben das Jahr 2018** – regiert von einer noch in Amt und Würden sitzenden „alten“ Regierung aus CDU/CSU und SPD. Gewählt hatten wir alle ja bereits im September 2018. Jamaika ist Geschichte. Es hat leider nicht mal bis zur Urabstimmung gereicht. Da hat uns die FDP einen dicken Strich durch unsere Pläne gemacht. Jetzt sollen es die „alten“ wieder richten. Alle dürfen also gespannt sein wie, wann und ob es in Berlin weitergeht.

**Und was machen wir hier vor Ort?** Wir machen weiter. Aber nicht im Flüsterton. Wir tauchen in einem wahlfreien Jahr nicht ab. Im Gegenteil, wir wollen lauter werden. Also nicht nur ein „weiter so“, sondern wir wollen mehr. Mehr Präsenz zeigen, mehr Gehör finden. Und natürlich weiterhin mit unseren Themen punkten. Ja, wir wollen die Zukunft unseres Landes gestalten. Wir stehen weiterhin für Soziale Gerechtigkeit, Klimaschutz, Vielfalt, Frieden und vieles mehr. Und wir werden die Parteilandschaft um uns herum im Auge behalten.

So richtig steigen die Vorstände am 10. Februar 2018 mit einer Klausurtagung in das Arbeitsjahr 2018 ein. Da werden Infostände, Veranstaltungen und ein Treffen unserer Mandatsträger\*innen geplant. Strategien für den Umgang mit der Presse und den politischen Gegnern entwickelt und Aufgaben verteilt.

Und zum Schluss: Macht mit bei den Infoständen, kommt zu unseren Veranstaltungen, mischt euch ein und mischt mit.

**Jetzt erst recht.**

*Hanne Krönke, Kreisgeschäftsführerin*

# Stand der Dinge in Berlin

## Das Parlament arbeitet endlich

Es wurde lange verhandelt und doch hat die FDP überraschend die Sondierungen platzen lassen und das, obwohl wir Grünen zu großen Kompromissen bereit waren. Es war richtig in die Verhandlungen zu gehen und Verantwortung zu übernehmen. Jetzt sind andere dran – die Hängepartie bei der Regierungsbildung geht weiter. Umso wichtiger ist es jetzt, dass das Parlament endlich mit der Arbeit richtig beginnt. Unsere Bundestagsfraktion hat sich konstituiert und wir haben auch unseren neuen – alten – Fraktionsvorstand wiedergewählt. Ich freue mich, dass Katrin, Toni und Britta auch weiterhin unsere Fraktion gut führen werden. Auch die Fachausschüsse des Bundestages wurden endlich eingesetzt. Alle Abgeordneten haben einen Platz in einem Ausschuss gefunden und ich bin froh, dass diese Phase nun überstanden ist, denn das ist für alle keine leichte Zeit.



In dieser Wahlperiode bin ich Vollmitglied in zwei Ausschüssen. Mit einem erweiterten Themenbereich bin ich als Sprecherin für ArbeitnehmerInnenrechte und aktive Arbeitsmarktpolitik erneut Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales. Damit kann ich auch in den nächsten vier Jahren weiter für eine gerechte Arbeitswelt streiten und dabei auch so wichtige Herausforderungen wie die Digitalisierung und deren Auswirkungen für die Beschäftigten in den Blick nehmen. Es freut mich besonders, dass ich zusätzlich die aktive Arbeitsmarktpolitik für meine Fraktion übernehme. Auch Menschen, die länger arbeitslos sind, brauchen Chancen und Perspektiven und zwar unbürokratisch und dafür mit Respekt, Anerkennung und Wertschätzung und dafür möchte ich neue Konzepte erarbeiten. Ich möchte für die Erwerbslosen eine starke Stimme sein. Das ist mir ein besonderes Anliegen. Und es freut mich auch, weil ich mich wieder mehr mit den Themen und dem Bereich der aktiven Arbeitsmarktpolitik beschäftigen darf, aus dem ich beruflich ursprünglich komme.

Mein zweites Themenfeld ist der Petitionsausschuss und der ist etwas ganz Besonderes. Denn kein anderes Gremium des Bundestages ist so nah dran an den Anliegen und Sorgen der Menschen. Als Berichterstatterin für die Themen Arbeit, Soziales und Rente werde ich jeden Vorschlag für eine Gesetzesänderung, jede Beschwerde und jedes Anliegen genau beurteilen und in meine Arbeit im Ausschuss für Arbeit und Soziales einfließen lassen.

Das Parlament nimmt jetzt wieder seine Arbeit auf und das tut gut. Die letzten Wochen und Monate in der Schwebelage waren belastend. Ich freue mich darauf, wieder Anträge zu schreiben und Anfragen zu stellen. Aber: wir haben immer noch keine neue Bundesregierung. Zwar gibt es jetzt Koalitionsverhandlungen zwischen Union und SPD, aber nach dem Votum auf dem SPD-Parteitag ist der Mitgliederentscheid für eine neue Große Koalition noch lange nicht in trockenen Tüchern. Es bleibt spannend.

Was mich wirklich belastet ist der neue Ton im Bundestag. Mit der AfD ist eine Partei ins Parlament eingezogen, die beschimpft, diffamiert und beleidigt. Sie schüren Ausländerfeindlichkeit und Rassismus. Die Debattenbeiträge gehen unter die Haut und sind schwer zu ertragen. Denn mit der Sprache verschieben sich auch die Grenzen, was die Menschen politisch für möglich und unmöglich halten. Das Unrechtsbewusstsein verändert sich. Und damit auch das Wesen der Demokratie. Die Werte, die unsere Gesellschaft prägen, sind vor diesem Hintergrund verletzlicher und unsicherer geworden. Das spaltet unsere Gesellschaft und gefährdet nicht nur den gesellschaftlichen Zusammenhalt, sondern auch unsere Demokratie. Aber wir lassen uns davon nicht abschrecken. Wir zeigen klare Haltung und werden gleichzeitig sachorientiert weiterarbeiten. Wir werden die großen Fragen - Umwelt und Gerechtigkeit – konsequent angehen und das mit viel grüner Energie. Und das ist in dieser Zeit auch dringend nötig.

# Die Reform des Wahlrechts und der Zusammenhalt der Koalition

Die Reform des Landtagswahlrechts in Baden-Württemberg ist eine fast unendliche Geschichte. Wir Grüne – zumindest eine große Mehrheit in der Landtagsfraktion, darunter seit 2011 auch ich – wollen schon lange eine grundsätzliche Veränderung, die eine Annäherung an das Bundestagswahlrecht bringt. Das heißt, es gäbe neben den Direktmandaten – das in Reutlingen habe ich 2016 erstmals gewonnen – auch eine Landesliste, auf der die Delegierten eines Landesparteitags die weitere Zusammensetzung der Abgeordneten einer Fraktion beschließen. Im Moment ist das nicht so: Die nicht direkt gewählten Abgeordneten im Landtag werden nach den Prozentergebnissen in den Wahlkreisen – jeweils innerhalb der Regierungsbezirke – ermittelt. Nach diesem Verfahren bin ich 2011 gewählt worden. Die berechtigte Kritik daran: Es gibt von vornherein aussichtsreiche und weniger aussichtsreiche Wahlkreise. Solche mit schwächeren Ergebnissen haben kaum eine Chance auf ein Mandat. Außerdem ist die Auszählung innerhalb der einzelnen Regierungsbezirke durch die ungleiche Größe der Wahlkreise unfair – bezogen auf die Bevölkerungszahl haben wir im Regierungsbezirk Tübingen zu wenig Abgeordnete. Durch eine landesweite Auszählung hätten wir in Südwürttemberg schon im jetzigen System ein bis zwei grüne Abgeordnete mehr.



Eine Landesliste, wie wir sie fordern, hätte aber vor allem den Vorteil, dass gezielt mehr Frauen ins Parlament gewählt werden können – nach dem grünen Vorbild einer quotierten Liste bei der Bundestagswahl. Dass hier für den Landtag Handlungsbedarf besteht, akzeptieren auch CDU und SPD: Einzig die grüne Landtagsfraktion ist mit einem Frauenanteil von ca. 46 Prozent annähernd quotiert, am „zweitbesten“ ist die CDU mit 23 Prozent. Die Gegner\_innen einer Reform betonen als Vorteil des jetzigen Systems die besondere Bindung sämtlicher Abgeordneten an ihren Herkunftswahlkreis. Das ist sicher ein Argument, aber aus meiner Sicht keines, das die Nachteile überwiegt. Im Koalitionsvertrag mit der CDU hatten wir uns darauf verständigt, tatsächlich eine Wahlrechtsreform mit einer Landesliste umzusetzen. Das war insofern erstaunlich und erfreulich, als wir dasselbe schon 2011 mit der SPD im Koalitionsvertrag verabredet hatten. Die Umsetzung scheiterte allerdings an einem Veto der SPD Landtagsfraktion, trotz gegenteiliger Beschlüsse der Landespartei.

Welche Motive hatten die CDU-Kolleg\_innen, jetzt von der grün-schwarzen Verabredung Abstand zu nehmen? Naheliegend ist eine Verkettung verschiedener Motivationslagen: Zum einen eine inhaltliche, die direkt mit der Stellung der CDU Landtagsabgeordneten zu tun hat. Sie kommen ausschließlich aus dem ländlichen Raum – die städtischen Wahlkreise haben sie an uns verloren. Bei einer CDU Landesliste müssten sie – ganz unabhängig von einer besseren Vertretung von Frauen – einen Teil der Sitze für städtische Wahlkreise reservieren. Ergo: Ein Teil der heute gewählten CDU Abgeordneten müsste um das Mandat fürchten. Warum hat die CDU dann im Koalitionsvertrag zugestimmt? Ich vermute, weil sie eine andere demoskopische Entwicklung erwartet hatte, sprich einen schnellen Rückgang der AfD und dem entsprechend mehr Stimmen für die CDU. Demnach hätte die CDU wieder den „gefühlten Normalzustand“ – dass nämlich die meisten Direktmandate sowieso an sie gehen und damit die Landesliste, wie bei der Bundestagswahl, keine Bedeutung hätte. Die aktuellen Umfragen zeigen aber ein anderes Bild: Demnach liegen wir Grüne in Baden-Württemberg unverändert bei gut 30 Prozent, die CDU bei 26.

Für das Klima in der Koalition gravierend ist die Art und Weise, wie die CDU Landtagsfraktion ihre Positionsveränderung eingeleitet hat: Durch eine öffentlich verkündete Abstimmung ohne Vorankündigung. Das erschüttert natürlich das Vertrauen – und wird nicht dadurch besser, dass uns das mit der SPD in der vergangenen Wahlperiode genauso ergangen ist. Die CDU muss jetzt schon nachweisen, dass für sie Verträge und Vereinbarungen nicht beliebig kündbar sind. Bisher hat das in der praktischen Zusammenarbeit durchaus gegolten. Aber ein solcher Vorgang ist natürlich ein Affront, aus dem Schlussfolgerungen zu ziehen sind, damit die Zusammenarbeit weiter klappt. Die jetzt verabredete Koalitions-AG zur Wahlrechtsreform kann dazu beitragen. Genau zu beobachten ist allerdings eine Dimension des Konflikts, den wir von außen kaum beeinflussen können: Es gibt einen offensichtlichen Machtkampf in der CDU, der weniger von inhaltlichen Kontroversen, als von Personen und Loyalitäten geprägt ist – und dabei geht es nicht nur um die zwei sichtbarsten Rivalen. An dieser Stelle tragfähig sind vor allem persönlich gewachsene Arbeitsbeziehungen, die sich durch Verlässlichkeit und durch den gemeinsamen Willen zu einer politischen Gestaltung auszeichnen, die den Anliegen beider, sehr unterschiedlicher Koalitionsparteien gerecht werden. Mein Eindruck ist jedenfalls: Die meisten CDU-Kolleg\_innen wären zwar gerne in der stärksten Fraktion, schätzen aber inzwischen, persönlich und fachlich, die faire und ergebnisorientierte Zusammenarbeit mit uns Grünen. Neigungen zu anderen Konstellationen – etwa einem Zusammengehen mit SPD und FDP, um Winfried Kretschmann zu stürzen -, erkenne ich nicht.

# Zum Haushalt des Landkreises 2018 - Was sagen die Grünen dazu?

## Der Ausgangspunkt

Der Landkreis Reutlingen will sich, so Landrat Reumann, zukünftig stärker als „nachhaltiger Landkreis“ profilieren. Dazu meinte Hans Gampe in seiner Haushaltsrede: „Das deckt sich mit unseren Vorstellungen und ist ein Erfolg, ein Beweis dafür, dass sich – wieder einmal – schon lange diskutierte grüne Ideen, grüne Visionen gesellschaftlich durchgesetzt haben.“ Für uns Grüne besteht Nachhaltigkeit aus dem Zieldreieck: ökonomische Stabilität, soziale Gerechtigkeit und ökologische Gleichgewicht.

## Eckpunkt: nachhaltige, ökonomische Stabilität

Die Einnahmen der Städte und Gemeinden steigen weiter, auch die Einnahmen für den Landkreis – vgl. Novembersteuerschätzung. Nach dem die Grünen in der Kreistagsfraktion bereits 2016 darauf gedrungen haben, Schulden substanziell abzubauen, kam dieses Jahr der Landrat dieser Forderung nach. Sein Vorschlag: jährlich 6,5 Mio. bis 2021 rd. 26 Mio. abzubauen. Das wurde von uns begrüßt. Als langfristig vereinbartes Ziel der Klausurtagung des Kreistags gilt, die Verschuldung, derzeit liegt der Landkreis an 6-letzter Stelle in BaWü, so weit zu reduzieren, dass die durchschnittliche Pro-Kopf-Verschuldung aller baden-württembergischer Landkreise erreicht wird.

Zur Finanzierung eines neuen Landratsamts meinten die Grünen: Wer zu einem neuen LRA ‚ja‘ sagt, muss auch ‚ja‘ sagen zu einer Finanzierung über die Kreisumlage, mit denen sie Städte und Gemeinden den Landkreis finanzieren.

## Eckpunkt: ‚Soziales‘

Um dem Ziel „soziale Gerechtigkeit“ schrittweise näher zu kommen, kann der Landkreis ebenfalls entscheidende Beiträge leisten. Durch im Wesentlichen gesetzlich vorgeschriebene Leistungen nach SGB XII, SGB VIII und zusammen mit der Bundesagentur im Jobcenter nach SGB II kommt dem Landkreis eine wichtige Funktion zu. Wir verstehen dies als Beitrag zu einer **sozialen Daseinsvorsorge** und wehren uns dagegen, dies vorwiegend als Kostenfaktor zu sehen.

Zusätzlich zu den gesetzlich vorgeschriebenen Leistungen kommen auch noch politisch entschiedene Leistungen hinzu, landläufig als „Freiwilligkeitsleistungen“ bezeichnet. Unsere Fraktion kritisierte, warum der Kreis einer bewährten und von vielen anerkannte Institution wie **Pro Familia** eine Aufgabe wegnimmt, die sie seit Jahren mit Erfolg durchführt. Hierbei hatte ein Antrag von uns, dazu beigetragen, dass die vorgesehene Streichung durch zusätzliche Leistungen kompensiert wurde.

Bestandteil des Ziels soziale Gerechtigkeit ist auch die Gesundheitsversorgung. Dazu gehören die Kreiskliniken, die wir nach wie vor an allen drei Standorten - Reutlingen, Bad Urach, Münsingen - erhalten wollen.

Die **strukturelle Lücke im Sozialhaushalt** von aktuell 11 Mio. finden wir bedrückend. Sie ergibt sich daraus, dass der Zuschussbedarf im Sozialhaushalt nicht von der Kreisumlage gedeckt werden kann. Das bedeutet, dass der Zuschussbedarf im Sozialhaushalt durch andere Teilhaushalte aufgefangen werden muss und dort für andere Aufgaben, z. B. für den ÖPNV, nicht mehr zur Verfügung steht.

Der Volkswirtschaftler und Soziologe Oliver Nachtwey meint in seinem Buch (2016) „Die Abstiegs-gesellschaft“: „Aus der Gesellschaft des Aufstiegs und der sozialen Integration ist eine Gesellschaft des sozialen Abstiegs, der Prekarität und der Polarisierung geworden.“ Deshalb fragen wir uns, wie viel Ungleichheit verträgt unsere Gesellschaft, unser Landkreis?

**Armut im Landkreis RT muss Thema sein!**



von links nach rechts: Hans Gampe, Rosemarie Herrmann, Rainer Buck, Cindy Holmberg, David Allison, Rudi Teuffel, Gertrud Kleinekenscheidt, Rainer Blum

Mit der Inklusionskonferenz hat der Landkreis eine hervorragende Basis, der UN-Behindertenrechtskonvention im Landkreis Reutlingen Geltung zu verschaffen.

Die Schulsozialarbeit des Landkreises ist, wegen ihres präventiven Charakters, eine richtige Schwerpunktsetzung, denn es werden zukünftig höhere Sozialaufwendungen vermieden.

### **Eckpunkt: ökologisches Gleichgewicht**

Beim Mobilitätskongress in Pliezhausen war eine Erkenntnis von besonderer Bedeutung: Dort wies Prof.'in Barbara Lenz, Direktorin des Instituts für Verkehrsforschung Berlin, darauf hin, dass wir **Mobilität als Daseinsvorsorge** sehen müssen, und das ganz besonders auf dem Land.

Das Thema ÖPNV sieht die grüne Fraktion ambivalent:

Einerseits bietet das Teilraumkonzept Südlicher Landkreis deutliche Vorteile im ÖPNV gegenüber dem jetzigen Stand,

- z. B. soll es einen Zwei-Stunden-Takt auf den Linien Reutlingen – Riedlingen und Münsingen – Riedlingen geben.

Es wird deutlich weniger Leer- und Parallelfahrten geben.

Auf der Strecke Bad Urach und Münsingen wird eine Buslinie auf Regiobus-Qualität eingerichtet – das bedeutet einen Ein-Stunden-Takt von morgens bis abends.

Andererseits kritisieren wir beim ÖPNV im Landkreis:

Wer in Engstingen wohnt und in Reutlingen Freunde, das Theater, Kino oder eine Gasstätte besucht, kommt nach 22.30 Uhr nicht mehr mit dem Bus nach Hause.

Aber vor allem die **Einzeltickets sind viel zu teuer**, sie stellen eine „Einstiegschürde“ dar, um mehr Menschen für den ÖPNV zu gewinnen.

Ein Vergleich der Monatskarten für Schüler mit dem Semesterticket für Studenten zeigt, dass Schüler bzw. deren Eltern bis zum Vierfachen des Preises von Studenten zahlen müssen. Deshalb haben wir einen Antrag zur Verbilligung der Schülerbeförderungskosten gestellt.

Außerdem sollte ein ‚Fonds für eine nachhaltige Mobilität‘ gebildet werden.

Viel zu wenig Beachtung wird dem **Radverkehr** geschenkt. Ausgenommen die Machbarkeitsstudie für Radschnellwege mit 25.000 EUR hat der Landkreis für den Ausbau des Radwegenetzes für 2018 fast (aktivierte Eigenleistungen) nichts vorgesehen.

Strittig im Kreistag ist immer wieder die Kreisumlage: Auch wir plädierten dieses Jahr für eine Senkung der Kreisumlage auf 33%. Das hätte 5 Mio. mehr eingebracht als vom Landrat mit 31,75% vorgesehen und mit 31,5% vom Kreistag beschlossen.

Mit diesen Mitteln - 5 Mio. - hätten wir gerne finanziert:

Eine einkommensabhängige Verbilligung der Schülerbeförderungskosten in der Größenordnung von 1 Mio.

Da bei der Wendlinger Kurve noch nicht klar ist, ob, wieviel und wann der Landkreis zur Finanzierung beizutragen hat, empfehlen wir eine Rückstellung von 1 Mio. EUR.

Für den ‚Fonds für eine nachhaltige Mobilität‘ wären 1,5 Mio. vorgesehen worden.

Weitere 1,5 Mio. sollten in eine Rückstellung für ein neues Landratsamt.

Alle Anträge wurden rundweg abgelehnt – v. a. von der großen Mehrheit CDU/FWV.

In den Vorberatungen der Anträge hat sich aber auch gezeigt, dass die Verwaltung in vielen Fällen nahezu inhaltsgleiche Vorhaben umsetzen will. Dazu gehört der Mobilitätsbeauftragte, ein Experte als (Radwege)Planer sowie die Projekt- und Planungsgesellschaft zur RSB - nur eben ein Jahr später. Dem konnten wir uns anschließen.

Wir wendeten uns gegen die Zulassung von Glyphosat und meinten, die Zustimmung des CSU-Landwirtschaftsministers Schmidt sei eine Verbeugung vor der industriellen Agrarlobby. Deshalb wollen wir prüfen, ob wir den „gentechnikfreien“ Landkreis Reutlingen auch zu einem „glyphosatfreien“ Landkreis entwickeln können.

*Hans Gampe für die Grüne Kreistagsfraktion*

# Die Weichen stellen für nachhaltige Stadtentwicklung

Auch wenn manche Presseartikel den Eindruck vermitteln, dass es in der Stadt Pfullingen derzeit vor allem um Personalien und Strukturen geht: für die Grünen in Ortsverband und Kommunalpolitik stehen inhaltliche Schwerpunkte an allererster Stelle. Pfullingen wird in kommenden Jahrzehnten den Prognosen nach die 20.000 Einwohner-Grenze überschreiten. Auf Beschluss des Gemeinderates soll ein „Integriertes Stadtentwicklungskonzept plus / Pfullingen 2035“, kurz ISEK, entwickelt werden. Dabei ist auch intensive Bürgerbeteiligung vorgesehen. Der ISEK-Prozess bietet die Chance, dass neben demographischen und städtebaulichen Gesichtspunkten auch originär Grüne Inhalte wie ökologische Nachhaltigkeit, Verkehrswende und die soziale Stadt eine wichtige Rolle spielen. Um uns selbst und weitere interessierte BürgerInnen auf ISEK vorzubereiten organisierte die GRÜN-Alternative Liste (GAL) Pfullingen am **25.01.2018, um 20:00 Uhr im Alten Bahnhof einen Themenabend Stadtentwicklungskonzept**.

Mit einem sehr konkreten und wichtigen Teilaspekt der Verkehrswende beschäftigt sich die Projektgruppe Radwege. Sie bewertet das bestehende Radwegenetz aus Nutzersicht und erarbeitet Verbesserungsvorschläge. Die Ideen reichen von einer besseren Ost-West-Verbindung bis hin zu einzelnen Halteverbotsschildern vor Fahrradübergängen. Nachhaltige Mobilität braucht nicht unbedingt milliardenschwere Förderprogramme, sondern oft nur Flächen, Wege und Respekt im Kleinen. Die **Projektgruppe Radwege trifft sich wieder am 22.02.2018 um 19:30 Uhr im Alten Bahnhof**.

Der Grüne Ortsverband schaut aber auch über den kommunalen Tellerrand hinaus. Im März 2018 ist bereits „Halbzeit“ in der Legislaturperiode des Landtages. Ein guter Anlass, um unseren Landtagsabgeordneten Thomas Poreski zu einer „Halbzeitbilanz Grün-Schwarz“ nach Pfullingen einzuladen. **Am 22.03.2018 um 20:00 Uhr im Alten Bahnhof** erwartet uns ein Impulsreferat gefolgt von einer Gesprächsrunde. Zu allen Terminen sind jeweils natürlich auch Nicht-Mitglieder und Nicht-Pfullinger herzlich eingeladen.

*Michael Hagel für den OV Pfullingen*

Liebe Freundinnen und Freunde,

bei der LDK am 09./10. Dezember 2017 in Heidenheim wurde ich in den Parteirat der Grünen in Baden-Württemberg gewählt. Nach dem unsere Bundestagsabgeordnete Beate Müller-Gemmeke nicht mehr für den Landesvorstand kandidierte habe ich die Chance ergriffen und mich entschieden, meinen Hut in den Ring zu werfen. Ich freue mich sehr, dass ich überzeugen konnte und in Zukunft den Kreisverband Reutlingen im Landesvorstand vertreten darf. Ich möchte gerne mit euch daran arbeiten, dass wir bei den nächsten Wahlen weiter gewinnen, dass mehr Grüne in kommunalen Parlamenten vertreten sind und ich möchte mich dafür einsetzen, dass der „European Spirit“ die Herzen der Menschen wieder erleuchtet. Im Landesvorstand möchte ich mich für eine mutige grüne Politik einsetzen und gemeinsam vordenken, um uns für den anstehenden Wahlkampf fit zu machen.



Im Februar wird sich der neue Landesvorstand konstituieren, um Formalien zu klären, Positionen zu erarbeiten und Aufgabenaufteilungen innerhalb des Vorstandes vorzunehmen. Ich bin gespannt und freue mich, euch im nächsten Rundbrief über meine ersten Eindrücke im Landesvorstand zu berichten.

Meine schriftliche Bewerbung könnt ihr auf Seite 58 der pdf nachlesen <https://www.gruene-bw.de/wp-content/uploads/2017/12/GrueneBW-LDK-Heidenheim-Tischvorlage-web.pdf>

Meine Rede zur Wahl könnt ihr hier anschauen: <https://www.youtube.com/watch?v=SZquUGcZLMY>

Mit herzlichen grünen Grüßen

Cindy Holmberg

# Bundesdelegiertenkonferenz (BDK) Hannover – und das ist erst der Anfang

Am vergangenen Wochenende vertraten David Allison, Beate Müller-Gemmeke und Cindy Holmberg, den Kreisverband Reutlingen bei der BDK im Congress Centrum in Hannover als Delegierte. An zwei Tagen wurde verabschiedet, debattiert und gewählt. Es gab Tränen des Abschieds, Tränen der Freude und Tränen ob des bewegenden Beitrags der 93-jährigen Holocaust-Überlebende Hanni Lévy. Zum internationalen Gedenktag des Holocaust sprach sie darüber, wie sie als Jüdin in einer Stadt, die sich bald schon rühmen würde 'judenfrei' zu sein überlebte. Hanni Lévy tauchte unter und lebte wie 7.000 andere so genannte 'Unsichtbare' mitten in Berlin, mit der ständigen Angst im Herzen, entdeckt zu werden. Und viele wurden entdeckt. Nur 1700 Menschen von ihnen überlebten. Hanni Lévy ist eine davon. Ihre Worte bewegten die Herzen und den Raum, Frau Lévy erinnerte und ermahnte: Nie wieder!



Sie dankte ihren Rettern und vergab: „Nicht alle Deutsche waren Mörder“. Wir sind dankbar, dass wir diese Frau erleben durften.

Unsere scheidenden Bundesvorsitzenden Cem Özdemir und Simone Peter wurden mit gelungenen Laudationes durch Winfried Kretschmann und dem ehemaligen Bundesumweltminister Klaus Töpfer gebührend verabschiedet. Auch wir bedanken uns für ihren Einsatz. Als Abschiedsgeschenk erhielten beide ein E-Bike.

Die Debatte zur Satzungsänderung um die Trennung von Amt und Mandat war nervenaufreibend. Um Robert Habeck, oder jedem anderen zukünftigen Regierungsmitglied, die Bewerbung als Parteivorsitzende\_n zu ermöglichen, wurde bei der BDK beschlossen eine 8-monatige Übergangsfrist zu gewähren. Dies soll die sach- und fachgerechte Übergabe des Ministeramtes gewährleisten. Es standen drei Anträge zur Abstimmung. In den Anträgen wurde über eine 3, 8 oder 12-monatige Übergangsfrist beraten. Wie von Robert Habeck auch selbst begründet setzte sich der Vorschlag der 8-monatigen Frist durch.

Am Samstag ging es dann in den Abstimmungsmarathon. Annalena Baerbock setzte sich mit 64,45 Prozent gegen Anja Piel durch und wurde so zur neuen Bundesvorsitzenden. Robert Habeck trat alleine an und wurde mit 81,33 Prozent zum neuen Bundesvorsitzenden gewählt. Michael Kellner wurde mit 74,19 Prozent im Amt des Politischen Bundesgeschäftsführer bestätigt. Gesine Agena wurde mit 92,07 Prozent als stellvertretende Bundesvorsitzende gewählt und ist weiterhin frauenpolitische Sprecherin der Partei. Jamila Schäfer wurde mit 55,03 Prozent ebenfalls als stellvertretende Bundesvorsitzende gewählt und wird gleichzeitig europäische und internationale Koordinatorin. Im neuen sechzehnköpfigen Parteirat sind Katja Dörner, Katrin Göring-Eckardt, Katharina Fegebank, Sigi Hagl, Madeleine Henfling, Britta Haßelmann, Anton Hofreiter, Ska Keller, Erik Marquardt, Christian Meyer, Omid Nouripour, Jutta Paulus und Malte Spitz. Die beiden Bundesvorsitzenden, Annalena Baerbock und Robert Habeck sowie der politische Bundesgeschäftsführer Michael Kellner gehören dem Gremium aufgrund ihres Amtes an. Leider trat Gerhard Schick nicht mehr an, so dass leider kein Mitglied der Grünen in Baden-Württemberg im Parteirat vertreten ist. Dem neuen Bundesschiedsgericht gehören an: Hartmut Geil (Vorsitzender), Anna von Notz (stellvertretende Vorsitzende), Paula Riestler (Beisitzerin), Jessika Hazrat (stellvertretende Beisitzerin), Axel Schwätter (stellvertretender Beisitzer).

Wir Grünen wären nicht die Grünen, wenn wir nicht auch feiern könnten. Am Ende der BDK lud die Bundesgeschäftsstelle zur Party. Es ist immer wieder ein schöner Ausgleich, der die Möglichkeit bietet andere Grüne aus nah und fern wieder zu sehen, kennen zu lernen und Zeit mit einander zu verbringen. Und das ist erst der Anfang lautete der Slogan zur BDK. Wir freuen uns auf das was kommt! Die einzelnen Beiträge könnt ihr über diesen Link anschauen:

<https://www.gruene.de/ueber-uns/2018/ausserordentliche-bundesdelegiertenkonferenz.html>

Lieber Boris,

in den letzten Wochen gab es wieder Äußerungen von Deiner Seite, die alles andere als glücklich waren. Wir haben als Kreisvorstand bereits einige Gespräche mit Dir geführt. Ebenso haben wir vergangenes Jahr ein Gespräch in größerer Runde zusammen mit Vertretern der Ortsverbände, den grünen Fraktionen im Kreis, der Grünen Jugend und unseren Mandatsträgern bezüglich Deiner Kommunikation auf Facebook geführt.

Alle Gespräche haben, so wie es aktuell erscheint, nicht viel gebracht.

Deshalb haben wir uns dazu entschieden Dir heute einen Brief zu schreiben, den wir auch an unsere Mitglieder zur Kenntnisnahme versenden werden.

Im Dezember hast Du einer Frau auf Facebook wortwörtlich empfohlen: „Sehr angemessene Reaktion. Hab dich nicht so, wenn dich ein Araber fickt. Gibt schlimmeres. Echt jetzt, Frau D.“ Das Schwäbische Tagblatt berichtete in der Ausgabe am 18. Dezember über diese Äußerung von Dir. Vor kurzem hat Dein Beitrag zu einer zwingenden Altersfeststellung für minderjährige unbegleitete Flüchtlinge für Aufsehen gesorgt.

Wir bekommen immer häufiger Beschwerden von Wähler\*innen, von Mitgliedern, aber auch verwunderte Nachfragen aus anderen Kreisverbänden. Auch wenn Du meinst Dein Profil auf Facebook sei Deine Privatangelegenheit – das ist es keineswegs. Auf Facebook verfolgen über 30.000 Personen Deine Beiträge.

Darunter sind auch Vertreter\*innen der Medien. Und selbst diejenigen Personen, die Deinen Newsfeed nicht abonniert haben, können Deine Beiträge lesen, da Du diese öffentlich teilst und damit jedem zugänglich machst. Deine Äußerung zur Altersfeststellung bei jungen Flüchtlingen ging durch die nationalen Medien – als Beitrag des grünen Oberbürgermeisters von Tübingen.

Als Oberbürgermeister der Stadt Tübingen stehst Du in der Öffentlichkeit, und als Repräsentant der Stadt und seiner Bürger\*innen trägst Du große Verantwortung. Deshalb tätest Du gut daran der Würde, die dieses Amt voraussetzt, gerecht zu werden. Du solltest beispielsweise auf fadenscheinige Ausreden, wie etwa die der Jugendsprache, verzichten, und in so einem Fall einfach an-erkennen, dass Du einen Fehler begangen hast.

Zugleich bist Du „grüner“ Oberbürgermeister. Sowohl bei Deiner Wahl 2006, als auch bei der Wiederwahl 2014 warst Du offizieller Kandidat der Grünen in Tübingen. Denn Deine Wahlkämpfe wurden nicht nur zu großen Teilen aus Parteimitteln finanziert, welche im Übrigen die Ausgaben für Landtagswahlen und Bundestagswahlen übertrafen, viele Mitglieder haben Dich auch persönlich im Wahlkampf unterstützt. Daher trägst Du auch eine Verantwortung gegenüber der grünen Basis hier vor Ort und bist nicht losgelöst von der Partei.

Darüber hinaus wirst Du in der Öffentlichkeit als „grüner“ Oberbürgermeister wahrgenommen. Und weil Du der prominenteste grüne Politiker bei uns im Kreisverband Tübingen bist, prägst Du das Bild unserer Partei hier vor Ort. Die nächste Oberbürgermeisterwahl mag noch einige Jahre hin sein, aber nächstes Jahr finden Kommunalwahlen statt. Und das Ergebnis der Grünen in Tübingen kann Dir nicht egal sein.

Deshalb appellieren wir an Dich, Deine Position als prominenter grüner Oberbürgermeister dazu zu verwenden nachhaltiger grüner Kommunalpolitik Aufmerksamkeit zu verschaffen, anstatt in sozialen Netzwerken mit Vulgärsprache, oder als Verstärker von populistischen Positionen für Aufsehen zu sorgen. Auf Deinem Profil auf Facebook versammeln sich mittlerweile Anhänger der AfD, deren Hasskommentare und Hetze, sowie Beleidigungen gegen andere grüne Politiker und die Grünen im Allgemeinen, von Dir toleriert werden. Als grünes Mitglied möchte man an so einem Diskurs gar nicht mehr teilnehmen.

Deine Art der Kommunikation, und die Weise wie Du aktiv und bewusst provozierst sind problematisch. Gewiss hat nicht jeder die gleichen Positionen, und in bestimmten Fragen herrscht auch innerhalb der Grünen keine einhellige Meinung. Jedoch ist gerade in Deiner Position eine sachliche und thematische Auseinandersetzung sehr wichtig. Wir wünschen uns deshalb eine sachlichere Art der Kommunikation und eine noch deutlichere Abgrenzung von populistischen Positionen. Du solltest insbesondere bei polarisierenden Themen auf Provokation verzichten, und in jedem Fall den Eindruck vermeiden mittels rechtspopulistisch angehauchten Thesen in einem bestimmten Milieu auf Zuspruch zu zielen.

Für offene Gespräche und eine konstruktive Zusammenarbeit mit Dir sind wir jederzeit bereit. Ein sachlicher und am Thema orientierter Diskurs bedeutet aber auch Gegenargumente zuzulassen und vom Gedanken abzurücken „Allein ich habe Recht“.

Mit grünen Grüßen

Dein Tübinger Kreisvorstand

Linda Hanselmann, Simon Baur, Lea Elsemüller, Christian Zander, Kalliopi Giannadaki, Wolfgang Raiser, Nina Elicker und Christian Selent.



## **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,**

### **Kreisverband Reutlingen**

Kreisgeschäftsführerin: Hanne Krönke

Gartenstr. 18, 72764 Reutlingen

Telefon: 07121 / 37 26 77

E-Mail: kv.reutlingen@gruene.de

Internet: www.gruene-reutlingen.de

### **Kreisvorstand**

Cindy Holmberg

E-Mail: contactme@acholmberg.de

Ana Sauter

E-Mail: Ana.Sauter@t-online.de

Timo Heimberger

E-Mail: Timo.Heimberger@posteo.de

David Allison

E-Mail: david.allison@gruene-badurach.de

Rudolf Sommer (Kreiskassierer)

E-Mail: sommerurft@aol.com

### **Erweiterter Kreisvorstand:**

Friedrich Buck

E-Mail: friedrich-buck@web.de

Susanne Häcker

E-Mail: Susanne.Haecker@yahoo.de

Andreas Jannek

E-Mail: A.Jannek@yahoo.de

Christiane Nissen

E-Mail: Chr.Nissen@web.de

Thomas Poreski

E-Mail: Thomas.Poreski@yahoo.de

### **Ortsverband Bad Urach**

Stefan Friesch

E-Mail: friesch\_goetz@freenet.de

### **Ortsverband Metzingen**

Friedemann Salzer

E-Mail: FriedemannSalzer@hotmail.de

### **Ortsverband Mittlere Alb**

Heike Schmidt-Scheub

E-Mail: scheub@t-online.de

Timo Heimberger

E-Mail: Timo.Heimberger@web.de

### **Ortsverband Pfullingen**

Michael Hagel

E-Mail: mail@michael-hagel.de

### **Ortsverband Reutlingen**

Ana Sauter

E-Mail: Ana.Sauter@t-online.de

Cindy Holmberg

E-Mail: contactme@acholmberg.de

### **OV Walddorfhäslach/Pliezhausen**

Frank Baude

E-Mail: Frank\_baude@t-online.de

### **OV Wannweil**

Joachim Hespeler

E-Mail: info@gaertneri-hespeler.de

Rudolf Sommer

E-Mail: sommerurft@aol.com

## **MandatsträgerInnen (Ansprechpartner\*innen)**

### **Bundestag**

Beate Müller-Gemmeke MdB

beate.mueller-gemmeke@bundestag.de

HP: www.mueller-gemmeke.de

### **Landtag**

Thomas Poreski MdL

Thomas.Poreski@gruene.landtag-bw.de

HP: www.thomasporeski.de

### **Kreistagsfraktion**

Hans Gampe

E-Mail: Hans.Gampe@t-online.de

### **Gemeinderat Bad Urach (GAL)**

Markus Vogel, marcus@vogelweb.info

### **Gemeinderat Eningen (GAL)**

Annegret Romer, gege-romer@gmx.de

### **Gemeinderat Lichtenstein (Offene Grüne Liste)**

Arnold Sendler, schmid-sendler@t-online.de

### **Gemeinderat Metzingen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Elke Haubold-Schüle, haubold-schuele@web.de

### **Gemeinderat Münsingen (Bündnis 90/Die Grünen)**

Nina Speidel, nina-speidel@gmx.de

### **Ortschaftsrat Neuhausen**

Klaus Rümmelin, klaus.ruemmelin@datalogic.com

### **Gemeinderat Pfullingen (GAL)**

Sigrid Godbillon, sigrid.godbillon@gal-pfullingen.de

### **Gemeinderat Pliezhausen (Kommunale Liste**

Umweltbewusster Bürger)

Wolfgang Wermke, info@ra-wermke.de

### **Gemeinderat Reutlingen (GuU)**

Rainer Buck, rainer.buck@gruene-unabhaengige-rt.de

### **Ortschaftsrat Betzingen (GuU)**

Friedemann Rupp, friedemann.rupp@gruene-unabhaengige-rt.de

### **Ortschaftsrat Ohmenhausen (GuU)**

Heide Schnitzer, heide.schnitzer@web.de

### **Gemeinderat Walddorfhäslach (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

René Maurer, renefritz@web.de

### **Gemeinderat Wannweil (GAL)**

Christoph Treutler, treutler@cpo-treutler.de

## **IMPRESSUM**

### **Herausgeber:**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Kreisverband Reutlingen

Gartenstr. 18

72764 Reutlingen

KV.Reutlingen@gruene.de

Telefon: 07121 / 37 26 77 Fax: 07121 / 37 26 78

Redaktion und V.i.S.d.P.: Susanne Häcker

Gestaltung: Susanne Häcker

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht,

Belegexemplare bitte an die Redaktion

Bankverbindung: Konto-Nr. 44891, BLZ 640 500 00, KSK Reutlingen